

Übersicht der Medienberichte zu den Strafanzeigen Nr. 6 und 7

Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Bonn von Grässlin/Rothbauer vom 5. Juni 2015 gegen Verantwortliche des Bundesverteidigungsministeriums

gegen den ehemaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière, derzeitiger Innenminister, die Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Staatssekretär Rüdiger Wolf, ein Ministerialdirigent im BMVg sowie sämtliche Verantwortliche wegen des Verdachts der Untreue in einem besonders schweren Fall sowie aller sonst in Betracht kommender Straftatbestände und Ordnungswidrigkeitentatbestände

Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Rottweil von Grässlin/Rothbauer vom 5. Juni 2015 gegen Verantwortliche der Firma Heckler & Koch GmbH

gegen Verantwortliche der Fa. Heckler & Koch GmbH, insbesondere den Gesellschafter Andreas Heeschen und Martin Newton (Mitglied der Geschäftsleitung) wegen des Verdachts des Betrugs in besonders schwerem Fall sowie aller anderen in Betracht kommenden Straf- und Ordnungswidrigkeitsvorschriften

Eine Zusammenstellung des Anzeigerstatters Jürgen Grässlin

Vorbemerkung:

Diese beiden Strafanzeigen sind Nummer 6 und 7; die vorigen fünf Strafanzeigen gegen Heckler & Koch, Sig Sauer und Carl Walther führten zu vier derzeit laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaften Stuttgart und Kiel; neu hinzu gekommen sind die Strafanzeigen bei den Staatsanwaltschaften Rottweil und Bonn >> siehe Gesamtübersicht aller Strafanzeigen am Ende dieser Textzusammenstellung.

DER SONNTAG vom 14.06.2015, Titelseite

Grässlin zeigt Minister an Wurde Mängelbericht für G36-Gewehr vertuscht? Der Freiburger Rüstungsgegner geht auch juristisch gegen Heckler & Koch vor

Grässlin zeigt Minister an

Wurde Mängelbericht für G36-GEWehr vertuscht? – Der Freiburger Rüstungsgegner geht auch juristisch gegen Heckler & Koch vor

Der Freiburger Rüstungsgegner Jürgen Grässlin und sein Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer haben Strafanzeigen gegen Bundesinnenminister Thomas de Maizière und gegen den Oberndorfer Waffenproduzenten Heckler & Koch wegen des Verdachts der Untreue in besonders schwerem Fall erstattet.

De Maizière soll, als er 2011 noch Verteidigungsminister war, am Kauf von G36-Gewehren von Heckler & Koch festgehalten haben, obwohl damals bereits erhebliche Mängel der Waffe bekannt waren. Heckler & Koch soll ein G36 für Vorführzwecke so verändert haben, dass die Mängel nicht zu erkennen gewesen seien. Dies

wurde dem Verteidigungsministerium von einem Mitarbeiter von Heckler & Koch zugetragen. Bei längerem Gebrauch erhitzt sich das G36-Gewehr, weshalb die Treffsicherheit abnimmt.

Das Bundesverteidigungsministerium zeigte sich über den Mängelbericht offenbar besorgt und leitete das Schreiben des Insiders an die Staatsanwaltschaft Rottweil weiter. Die stellte jedoch die Ermittlung wegen Verjährung ein. Vom Ministerium hatten die Staatsanwälte einen Kaufvertrag von 1995 geschickt bekommen. „Wenn das stimmt, dann haben wir es mit Strafverteilung im Amt zu tun“, sagt Grässlin. Denn Folgeverträge habe es quasi im Halbjahresab-

stand bis 2014 gegeben. Die Verjährung wäre somit hinfällig und das Verteidigungsministerium unter Rechtfertigungsdruck. Wie Grässlin erfahren hat, prüft die Staatsanwaltschaft nun „die Vertragslage“. Da die Verträge auch unter Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen verlängert wurden, hat Grässlin auch gegen sie Anzeige gestellt.

Grässlin hatte bereits vor über fünf Jahren Strafanzeige gegen Heckler & Koch wegen des Verdachts illegaler Waffenlieferungen nach Mexiko und Korruptionen erstattet. In der Folge kam es zu Hausdurchsuchungen bei Mitarbeitern und in den Geschäftsräumen. Ermittelt wird gegen eine Verletzung des

Kriegswaffenkontrollgesetzes und gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Etwa die Hälfte

ANZEIGE

GOLD ANKAUF
IST VERTRAUENSsache

Seit über 25 Jahren Ihre Gold Ankaufstelle in Emmendingen

GOLD + SILBER ANKAUF **SOFORT BARGELD** **SOFORT GELD IN BAR!**

Tel. 0 76 41 13 66 für Ringe, Schmuck, Zahngold und Münzen.

K. Ohmberger Emmendingen · Karl-Friedrich-Str. 7

der 9 652 nach Mexiko gelieferten G36-Sturmgewehre landeten in Unruheprovinzen, wo seit Jahren ein Drogenkrieg tobt. Die

sogenannte Endverbleibsklausel verbietet eine Lieferung der Waffen in die Unruheprovinzen.

Grässlin hat insgesamt 14 Heckler & Koch-Mitarbeiter angezeigt. Eine Anklage wurde bislang nicht erhoben. Die Entscheidung darüber kündigte die Staatsanwaltschaft Stuttgart aber für den Spätsommer an.

Mexiko ist kein Einzelfall, wie die Bundesregierung nun einräumte. Auch Saudi-Arabien hat sich nicht an die Endverbleibsklausel gehalten. So darf der Wüstenstaat G3- und G36-Gewehre in Lizenz nur für den Bedarf der eigenen Armee herstellen. Nun aber wurde bekannt, dass die Saudis G3-Gewehre kistenweise über

dem Jemen abwarfen, um ihre Verbündeten im Kampf gegen die Huthi-Rebellen zu unterstützen.

Dass die Bundesregierung den Verstoß öffentlich thematisiert, erklärt Grässlin mit Sigmar Gabriels Versprechen eines restriktiven Waffenexports. Damit habe der Bundeswirtschaftsminister sich unter Druck gesetzt. „Verstöße gegen einen Endverbleib sind ein Dauerzustand. Die hat es unter jeder Bundesregierung gegeben“, sagt Grässlin. Die dafür vorgesehenen Sanktionen in den politischen Grundsätzen für Waffenexporte seien aber noch nie zur Anwendung gekommen. Der Freiburger Friedensaktivist spricht von Heuchelei. KLAUS RIEKINGER

SWR online vom 11.06.2015, 9.37 Uhr

Mängel am G 36 Anzeige gegen de Maizière und Heckler & Koch

Die Affäre um das Standard-Gewehr der Bundeswehr G 36 weitet sich aus. Es liegen Strafanzeigen gegen den ehemaligen Verteidigungsminister de Maizière und gegen Heckler & Koch in Oberndorf vor.

[Foto] Erneut Anzeige gegen Heckler & Koch

Die Strafanzeigen haben der Freiburger Rüstungsgegner Jürgen Grässlin und sein Tübinger Anwalt Holger Rothbauer gestellt. Der Vorwurf lautet: Verdacht der Untreue in besonders schwerem Fall. Bei der Abnahme des Gewehrs G 36 durch das Verteidigungsministerium sei getäuscht worden, sagte Holger Rothbauer im SWR.

Vorwurf: Täuschung über Mängel beim G 36

Es liege eine Täuschung über die Mängel der Waffe vor. Anzeige sei gegen den früheren Verteidigungsminister, den damaligen Staatssekretär und Beamte im Ministerium gestellt worden. Sie hätten spätestens ab 2011 gewusst, dass das G 36 enorme Mängel aufweise. Es hätten dann keine neuen Lieferungen zugelassen werden dürfen, so Rothbauer weiter. Ein Ministerium müsse sehr sorgfältig mit Steuergeldern umgehen. Das sei hier nicht geschehen.

Dritte Anzeige gegen Heckler & Koch

Auch gegen Heckler & Koch wurde Anzeige erstattet. Es ist insgesamt die dritte Strafanzeige des Rüstungsgegners Grässlin gegen den Oberndorfer Waffenhersteller.

<http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/suedbaden/maengel-am-g-36-anzeige-gegen-de-maiziere-und-heckler-koch/-/id=1552/did=15655666/nid=1552/1tdcpwr/>

=====

Südwest Presse vom 11.06.2015 (siehe „Zusatzinfo“)

Berlin

Schützenhilfe für G36

In der Affäre um das Sturmgewehr G36 hat der ehemalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière Fehler bestritten. Unterdessen werden neue Vorwürfe gegen den Militär-Geheimdienst MAD erhoben.

AFP/DPA | 11.06.2015

Der ehemalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hat Versäumnisse im Umgang mit dem Pannen-Gewehr G36 bestritten. Die ihm in seiner Amtszeit vorliegenden und von ihm angeforderten Untersuchungen und Berichte hätten stets ergeben, dass „das G36 voll einsatztauglich ist, ein gutes Gewehr ist und Einschränkungen im Einsatz nicht geboten sind“, sagte de Maizière nach seiner Befragung im Verteidigungsausschuss des Bundestages. „Das war das Lagebild zum Ende meiner Amtszeit. Zu der Zeit danach werde ich mich nicht äußern.“ Das G36 steht wegen des Vorwurfs mangelnder Treffsicherheit bei hohen Außentemperaturen sowie im heißgeschossenen Zustand in der Kritik.

Demonstrativ traten de Maizière und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) nach ihrer rund zweistündigen Befragung im Ausschuss gemeinsam vor die Presse. Von der Leyen betonte: „Wir haben beide dieselbe Sicht auf die Dinge.“ Ihr hätten aber - „dank der Vorarbeiten von Thomas de Maizière - neue Fakten zur Verfügung“ gestanden. Daher sei sie „mit neuem und anderem Wissen an den Punkt gekommen, wo wir sagen, dass das G36 in seiner jetzigen Form keine Zukunft hat“. Mit dieser Formulierung hält sich die Ministerin die Möglichkeit offen, künftig kein anderes Gewehr zu nutzen, sondern auch eine überarbeitete Version des G36. Von

der Leyen hatte nach jahrelanger Kritik und zahlreichen, zum Teil widersprüchlichen Gutachten Ende April entschieden, dass das Gewehr in seiner jetzigen Version ausgemustert wird.

Das Ministerium geht unterdessen einem neuen Hinweis auf eine Verwicklung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) in die Affäre um das Sturmgewehr nach. Ein Beamter einer Ausrüstungs-Dienststelle der Bundeswehr hatte intern berichtet, der Militär-Geheimdienst habe die Weitergabe vertraulicher Informationen an Journalisten überprüft. In einer ersten Reaktion hieß es, es handle sich nach bisherigen Erkenntnissen um eine „Einzelwahrnehmung“, die sich weder aus den Akten noch durch Befragungen belegen lasse.

Über das Protokoll der internen Anhörung Ende vergangenen Jahres zu den Zweifeln an der Treffsicherheit des G36 berichtete die „Süddeutsche Zeitung“: Demnach erfuhr 2011 ein Journalist von einer Besprechung über das G36 beim damaligen Logistikamt der Bundeswehr. In einer „späteren Untersuchung durch den MAD“ sei ermittelt worden, durch wen der Journalist die Information erhalten habe, sagte der Beamte laut Protokoll aus. Das Ministerium bestätigte, dieses Protokoll an den Verteidigungsausschuss weitergegeben zu haben. Der MAD bestreitet, in die Affäre verwickelt zu sein.

Zusatzinfo

Strafanzeige gegen de Maizière und Heckler&Koch

Betrug und Untreue Der Rüstungsgegner Jürgen Grässlin und der Anwalt Holger Rothbauer haben Strafanzeige gestellt gegen Ex-Verteidigungsminister Thomas de Maizière und den Waffenhersteller Heckler&Koch. Die Strafanzeige gegen de Maizière lautet auf Untreue, weil trotz bekannter Mängel G36-Gewehre bestellt und damit nach Ansicht von Grässlin Steuergelder verschwendet wurden. Heckler&Koch wird Betrug vorgeworfen.

Geheime Dokumente Grässlin und Rothbauer hatten Einblick in geheime Dokumente, die einem Rechercheteam des SWR und des BR vorliegen. Diese Unterlagen belegen nach Aussage des Anwalts, dass de Maizière spätestens im März 2012 von mehreren Seiten über die G36-Problematik informiert wurde.

<http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/Schuetzenhilfe-fuer-G36;art4306,3259116>

=====

rtf1 Regionalfernsehen; zuletzt geändert: Donnerstag, 11.06.15 - 14:47 Uhr

Tübingen/Oberndorf a.N./Berlin:

G36-Affäre weitet sich aus: Tübinger Anwalt geht mit Anzeige gegen Ex-Minister de Maiziere vor

Die Affäre um das Standard-Sturmgewehr der Bundeswehr G 36 weitet sich aus. Der Freiburger Rüstungsgegner Jürgen Grässlin und dessen Tübinger

Anwalt Holger Rothbauer haben Strafanzeigen gegen den ehemaligen Bundesverteidigungsminister de Maiziere und dessen damaligen Staatssekretär, Ministerialbeamte, sowie den Oberndorfer Waffenhersteller Heckler & Koch gestellt.



Der Tatbestand der Klage: Verdacht der Untreue in einem besonders schweren Fall. Bei der Abnahme sei das Verteidigungsministerium getäuscht worden, so Rothbauer gegenüber dem SWR. Bis spätestens 2011 sei klar gewesen, dass das G36 enorme Mängel aufweise. Neue Lieferungen hätte man dann nicht zulassen dürfen. Erst gestern hatte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz ihren Vorgänger in Schutz genommen. Er die durch ihn veranlassten Untersuchungen hätten die Feststellung der Vorgänge ermöglicht.

<http://www.rtf1.de/news.php?id=9199>

=====

Artikel aktualisiert
nach Rückfrage bei der Staatsanwaltschaft Rottweil:

Neue Rottweiler Zeitung vom 11.06.2015, aktualisiert

Grässlin: Strafanzeigen gegen de Maizière und HK



Anzeigenerstatter Jürgen Grässlin bei einer Demonstration vor dem HK-Werk in Oberndorf. Archiv-Foto: him

OBERNDORF/BERLIN (him) – Im Zusammenhang mit dem umstrittenen Gewehr G 36 von Heckler und Koch in Oberndorf hat der Rüstungsgegner Jürgen Grässlin mit seinem Anwalt Holger Rothbauer Strafanzeigen erstattet.

In einer Anzeige werfen die beiden dem damaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) vor, er habe Strafvareitlung im Amt begangen. Der Hintergrund: Die Staatsanwaltschaft Rottweil hatte 2011 ein Ermittlungsverfahren wegen Betrug gegen den Waffenhersteller geführt aber kurz darauf eingestellt, weil der Vorwurf nach mehr als zehn Jahren verjährt war. Dabei, so der Vorwurf, habe das Verteidigungsministerium der Staatsanwaltschaft Rottweil wohl möglicherweise nicht alle relevanten Verträge zur Verfügung gestellt. Es handle sich um insgesamt 51

Verträge, so Grässlin zur *NRWZ*, die jüngsten datierten von 2014. Diese Unterlagen habe er einsehen können.

Staatsanwaltschaft Rottweil: Wir prüfen

Die Staatsanwaltschaft Rottweil wird möglicherweise ein Verfahren wegen Betrugs gegen Heckler&Koch (HK) wieder aufleben lassen, wenn „neue Erkenntnisse“ ergäben, dass die Vorwürfe 2011 nicht verjährt waren. Das hat der Sprecher der Staatsanwaltschaft Rottweil Frank Grundke auf Nachfrage der *NRWZ* erklärt.

In einer anonymen Anzeige hatte der Anzeigenerstatter 2011 dem Unternehmen vorgeworfen, es habe Mängel am G 36 gekannt aber verschleiert, berichtete das *ARD-Magazin Report* aus Mainz. Die Staatsanwaltschaft Rottweil hatte das Verfahren am 1. August 2011 eingestellt, weil die Vorwürfe verjährt seien. Der Rüstungskritiker Jürgen Grässlin wirft nun dem Bundesverteidigungsministerium vor, der Staatsanwaltschaft Rottweil nicht alle Unterlagen und Verträge zur Verfügung gestellt zu haben. Er spricht von 51 relevanten Verträgen, die teilweise noch nach der Einstellung des Verfahrens 2011 bis ins Jahr 2014 geschlossen wurden.

Diese Anzeige sei „im Haus“, bestätigt Staatsanwalt Grundke am Donnerstagmorgen. 2011 sei das Verfahren wegen Ablaufs der fünfjährigen Verjährungsfrist eingestellt worden. „Die neuen Erkenntnisse müssen wir uns anschauen.“ Würden die Angaben zutreffen, würde die Verjährung nicht ziehen. Dann müsste die Staatsanwaltschaft die damals erhobenen Betrugsvorwürfe gegen HK erneut prüfen. „Das geschieht dann auch.“

Untreue des Verteidigungsministeriums?

Weiter werfen Grässlin und Rothbauer dem Verteidigungsministerium besonders schwere Untreue vor, „denn hier sind mit öffentlichen Geldern Schäden angerichtet worden, die spätestens ab dem Jahr 2011 hätten nicht mehr angerichtet werden dürfen“, so Anwalt Rothbauer im bayrischen Rundfunk. Das Ministerium habe weiter G 36 Gewehre bestellt und gekauft, obwohl diese nicht ausreichend funktionsfähig seien.

Außerdem haben die beiden am 5. Juni Strafanzeige gegen Firma Heckler & Koch wegen Betrugs in einem besonders schweren Fall erstattet. Sie werfen dem Unternehmen vor, das G 36 an die Bundeswehr geliefert zu haben, obwohl die Mängel bei der Treffsicherheit etwa im heiß geschossenen Zustand in zwei technischen Gutachten im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums festgestellt worden wären. Diese Mängel seien bei der Abnahme des Gewehrs durch die Bundeswehr „wissentlich überspielt“, und die Bundeswehr „bewusst getäuscht“ worden, heißt es in der Anzeige.

Bis zum Mittwochabend hat HK zu den Anzeigen und den neuen Vorwürfen auf seiner Homepage noch keine Stellung bezogen.

<http://www.nrwz.de/aktuelles/graesslin-straftanzeige-gegen-de-maiziere-und-hk/20150610-1814-90778>

=====
Die *Badische Zeitung* kommentiert die beiden Strafanzeigen „Anzeige gegen Heckler & Koch. Tagesspiegel: Ein gewichtiger Verdacht“ und berichtet in einem Einspalter jeweils auf Seite 1 sowie im Wirtschaftsteil umfassender über die Hintergründe der beiden Strafanzeigen:

Badische Zeitung vom 11.06.2015, Seite 1

Anzeige gegen Heckler&Koch

Tagesspiegel: Ein gewichtiger Verdacht

Pazifisten könnten sich am Anblick der Rüstungslobbyisten, Waffenhersteller und Verteidigungspolitiker erfreuen, die tölpelhaft von einer Affäre in die nächste stolpern. Die Gewehre bauen und kaufen, die für den Übungsplatz auf der schwäbischen Alb taugen, aber im Ernstfall bei Sonneneinstrahlung ihre Funktion nicht erfüllen: Menschen zu töten. Allerdings ließe diese Sichtweise zwei Tatsachen unberücksichtigt. Erstens gibt es elegantere Arten, Geld auszugeben. Vor allem aber riskieren die Soldaten der Bundeswehr ihr Leben im Auftrag des Bundestages. Sie dürfen darauf vertrauen, dafür bestmöglich ausgerüstet zu werden. Das aber ist und war beim G 36 nicht der Fall, wie sich nun nach und nach zeigt. Massive Zweifel gab es schon 1993, dennoch wurde geordert. Weil industriepolitische Erwägungen einbezogen wurden, weil es um Exportchancen und Arbeitsplätze ging und nicht primär um das Leben der Bundeswehrsoldaten. Noch ist es nur ein – gut begründeter – Vorwurf in einer Strafanzeige, dass die Unternehmensleitung bewusst untaugliches Material geliefert hat und im Verteidigungsministerium die Augen verschlossen wurden. Die Anzeigen könnten ein Hebel sein, um Licht in die Sache zu bringen. Sollte sich der Sachverhalt bestätigen, wäre der Fall an Zynismus kaum zu übertreffen. In der Vergangenheit haben Staatsanwälte in Verfahren gegen Heckler&Koch wenig Ermittlungseifer an den Tag gelegt. Das darf sich nicht wiederholen – um der Soldaten willen.

<http://www.badische-zeitung.de/meinung/kommentare/tagesspiegel-ein-gewichtiger-verdacht>

Badische Zeitung, Wirtschaft, vom 11.06.2015

Waffenbauer unter Beschuss

Rüstungsgegner erstatten Anzeige gegen Heckler & Koch

Probleme beim Gewehr waren bekannt.



Mit Mängeln behaftet: Gewehr G 36 Foto: DPA

FREIBURG. Der Freiburger Rüstungsgegner Jürgen Grässlin und der Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer haben im Zusammenhang mit den Problemen des Sturmgewehrs G 36 gemeinsam zwei Strafanzeigen gegen den Oberndorfer Hersteller Heckler & Koch sowie den Verteidigungsminister gestellt. Der Vorwurf lautet auf Betrug beziehungsweise Untreue.

Hintergrund ist ein Bericht eines Insiders an das Verteidigungsministerium aus dem Jahr 2010. Darin schildert der Informant nach Angaben Rothbauers, wie Führungskräfte von Heckler & Koch in einem streng geheimen Meeting verabredet haben, wie sie die offensichtlichen Mängel an der Waffe kaschieren. Demnach sei eine Art Vorführgewehr so manipuliert worden, dass sie den Anforderungen der Bundeswehr entsprochen habe. Eine falsche Produktqualität vorzugaukeln und zugleich den vollen Kaufpreis zu verlangen, „ist nach Strafgesetzbuch ein Betrug“, erklärte Rothbauer auf Anfrage. „Und zwar in einem besonders schweren Fall, denn es geht um mehrere Millionen.“

Doch dieser Insiderbericht könnte auch für die für die Beschaffung zuständigen Beamten Konsequenzen haben. Im Verteidigungsministerium nahm man den Hinweis so ernst, dass der zuständige Staatssekretär das Schreiben im Januar 2011 an die Staatsanwaltschaft Rottweil weiterleitete. Denn im Ministerium hegte man ebenfalls bereits Zweifel an der Qualität der Waffe. Unter anderem ein Gutachter der US-Army aus dem Jahr 2008 war zum Schluss gekommen, dass das G 36 nicht den Erfordernissen entspreche. Die Rottweiler Staatsanwälte fragten pflichtgemäß zunächst im Juni 2011 beim Verteidigungsministerium nach, von wann der Vertrag stamme, der möglicherweise beanstandet werden muss. Antwort: aus dem Jahr 1995. Daraufhin wurden die Ermittlungen wegen Verjährung eingestellt.

Rothbauer weist nun darauf hin, dass diese Antwort nicht falsch, aus seiner Sicht aber zumindest nicht korrekt war. Zwar stammt der erste Vertrag aus dem Jahr 1995, dass aber anschließend weitere Kaufverträge abgeschlossen wurden, wurde den Staatsanwälten verschwiegen. Rothbauer kommt auf 51 Kaufverträge, der letzte aus dem Jahr 2014.

Darauf bezieht sich die zweite Anzeige von Grässlin und Rothbauer bei der Staatsanwaltschaft Bonn: Spätestens seit 2011 war das Ministerium gewarnt. „Danach hätte es keine neuen Verträge mehr geben dürfen“, sagt Rothbauer. Doch statt die Waffe auf ihre Funktionsfähigkeit hin zu prüfen und den Klagen der Soldaten nachzugehen, die im Auslandseinsatz Erfahrungen mit dem G 36 gesammelt hatten, wurden mindestens fünf weitere Kaufverträge geschlossen. Für Rothbauer erfüllt dies den Tatbestand der Untreue.

Der Verteidigungsausschuss des Bundestages beriet am Mittwoch in einer Sondersitzung über die G-36-Affäre. Dabei forderte die Opposition von der Regierung Aufklärung, inwiefern der Militärische Abwehrdienst (MAD) im Auftrag von Heckler & Koch tätig wurde und Journalisten ausgespäht hat, um die undichte Stelle im Unternehmen zu finden. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) stellte sich nach der Sitzung demonstrativ vor ihren Vorgänger Thomas de Maizière.

<http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/waffenbauer-unter-beschuss--106064301.html>

=====
10./11.06.2015 SWR Fernsehen Videotext

Über Nacht steht die Meldung „G36: Strafanzeige gegen de Maiziere 116“ im Videotext bei SWR-Fernsehen mit der Strafanzeige von Holger Rothbauer und Jürgen Grässlin auf Platz 1 aller Meldungen!

(Zwei Screenshots mit der Übersichtstafel und der Texttafel 116 können bei JG angefordert werden.)

=====
Neue Rheinische Zeitung Online-Flyer Nr. 514 vom 10.06.2015

Die Affäre um das Standard-Gewehr G36 der Bundeswehr erhält endlich wieder Aufmerksamkeit in den Medien und spitzt sich zu. Der Rüstungsgegner Jürgen Grässlin und sein Rechtsanwalt Holger Rothbauer haben Strafanzeige gegen den ehemaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière und den Waffenhersteller Heckler & Koch gestellt. Deshalb hat der *Bayerische Rundfunk / BR online* heute, am 10. Juni 2015, darüber einen engagierten Bericht gesendet, während die *ARD-Tagesschau* dazu kein Wort veröffentlichte.

Aktuelles

**Nach einigen Jahren gibt es für die G36-Affäre endlich wieder Aufmerksamkeit
Anzeige gegen de Maizière und Heckler & Koch**

Von Daniel Harrich, Katja Beck, Tobias Bönnte und Patricius Mayer

„Besonders schwerer Fall von Untreue“: So lautet der Vorwurf der Strafanzeige, die bei der Staatsanwaltschaft Bonn gestellt wurde. Hintergrund ist: Bereits im Januar 2011 hatte eine anonyme Anzeige auf gravierende Mängel des Bundeswehr Standard-Gewehrs G36 hingewiesen. Eingegangen war sie bei Rüdiger Wolf, damaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Trotzdem wurden weitere

G36 beschafft. Heute muss Thomas de Maizière im Verteidigungsausschuss unter Ausschluss der Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen.

Dokumente, die als VS-Geheim (Verschlussache Geheim) eingestuft sind und dem Rechercheteam von SWR und BR exklusiv vorliegen, belegen, dass Thomas de Maizière spätestens im März 2012 über die G36-Problematik informiert worden war. Die für die Prüfung des G36 zuständige Abteilung im Verteidigungsministerium, Rü V 4, hat in einem internen Schreiben für Thomas de Maizière festgehalten: „Alle bisher untersuchten G36 zeigen eine Veränderung des mittleren Treffpunkts und eine Aufweitung des Streukreises derart, dass ein Gegner in einer Entfernung von 200m nicht mehr sicher bekämpft werden kann.“

„Auf Grund dieser Unterlagen des BR und SWR aus dem Verteidigungsministerium habe ich mich entschlossen, zusammen mit Jürgen Grässlin, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Rottweil zu stellen. Die Strafanzeige lautet auf Betrug in besonders schwerem Fall wegen der Dimension und eine zweite Strafanzeige ist gestellt bei der Staatsanwaltschaft in Bonn wegen des Verdachts der besonders schweren Untreue, denn hier sind mit öffentlichen Geldern Schäden angerichtet worden, die spätestens ab dem Jahr 2011 hätten nicht mehr angerichtet werden dürfen. Nämlich durch die Bestellung, Lieferung und Zahlung von Gewehren G36, die nicht ausreichend funktionsfähig sind“, erklärt der Rechtsanwalt Holger Rothbauer

Einen Monat später fragte eine Mitarbeiterin de Maizières einen weiteren Bericht an, sowohl bei der Bundeswehrbeschaffungsbehörde, wie auch bei den zuständigen Abteilungen im Verteidigungsministerium. „Der Minister hat nach Vorlage des letzten Sachstands weiteren Informationsbedarf“, heißt es in dem internen E-Mail-Verkehr. Zehn Tage später antwortete eine andere Abteilung (Fü SK III 1) und kam zu einem gegensätzlichen Ergebnis. Obwohl die Überprüfungen weiter durchgeführt werden müssten, hieß es jetzt:

„Das Sturmgewehr G36 wird als grundsätzlich tauglich für die Erfordernisse der laufenden Einsätze bewertet. (...) Konkrete Meldungen der Truppe über die Treffleistung liegen weder aus dem Einsatz noch aus dem Ausbildungsbetrieb heraus vor.“ Dies trifft so nicht zu. Mängel am G36 waren intern schon länger bekannt. Beispielsweise stellte 2009 der Teamführer des 3. Kampfschwimmereinsatzteams in einer dienstlichen Meldung fest:

„Diese Sicherheitsmängel der Waffe G36 sind erstmals während der Vorbereitung auf den Afghanistaneinsatz im September 2008 beobachtet worden und traten abermals im Einsatz auf. (...) Folglich lehne ich eine zukünftige Verwendung der Waffen und die damit verbundene Verantwortung kategorisch ab.“ Während man sich in der Behörde über Zuständigkeiten stritt, lief die Beschaffung ungehindert weiter. Seit de Maizières Kenntnisnahme im März 2012 bis zum Ende seiner Amtszeit wurden mindestens vier weitere Verträge über G36-Gewehre und Zubehör abgeschlossen. Recherchen legen nahe, dass dabei mindestens 3.770 Gewehre mit einem Wert von ca. 4 Mio. Euro beschafft wurden.

Fragen an Thomas de Maizière: Haben sämtliche Kommunikationswege und Kontrollmechanismen im Verteidigungsministerium komplett versagt? Warum wurden die Hintergründe der G36-Problematik nicht konsequent aufgeklärt? Wurde der Bundeshaushalt mit der weiteren Lieferung von mangelhaften G36-Gewehren

belastet, obwohl dies verhindert hätte werden können? Viele Fragen an Thomas de Maizière.

Jetzt haben der Rüstungsgegner Jürgen Grässlin und sein Anwalt Holger Rothbauer Strafanzeige gegen den Minister bei der Staatsanwaltschaft Bonn gestellt. Zudem haben beide Strafanzeige gegen den Hersteller des G36, die Firma Heckler & Koch, gestellt. Der Vorwurf: Betrug in einem besonders schweren Fall.

„Es ist unglaublich, wie eng die Firma Heckler & Koch kooperiert hat mit dem Bundesverteidigungsministerium. Es sind Zustände, die mich an mafiöse Zustände erinnern, weil wir fast nicht mehr wissen, wenn wir den Briefwechsel lesen: Was ist das Interesse von Heckler & Koch, und was ist das Interesse des Bundesverteidigungsministeriums? Das Ergebnis ist, dass vertuscht worden sein könnte, und ich jetzt Strafanzeige stelle, in zweierlei Hinsicht: Erstens gegen die Firma Heckler & Koch wegen des Verdachts des Betrugs im Fall G36, und zweitens gegen das Bundesverteidigungsministerium wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt“, erklärt Rüstungsgegner Jürgen Grässlin.

Damit wollen sie die Wiederaufnahme der Ermittlungen von 2011 erwirken. Die Staatsanwaltschaft Rottweil hatte damals wegen Betrug gegen den Waffenhersteller ermittelt. Nach wenigen Monaten allerdings wurde das Verfahren eingestellt, da der Vorwurf angeblich nach über 10 Jahren verjährt war. Das Verteidigungsministerium hatte der Staatsanwaltschaft jedoch möglicherweise nicht sämtliche Verträge zur Verfügung gestellt. Wie die Sichtung geheimer Unterlagen zeigt, könnten zum Zeitpunkt der Anzeigeerstattung mindestens 40 Verträge für das Ermittlungsverfahren „Betrug“ relevant gewesen sein. Warum das Verteidigungsministerium diese nicht anführte, bleibt offen.

Aktuelle Quelle:

<http://www.br.de/nachrichten/strafanzeige-de-maiziere-100.html>

und weitere zurückliegende Informationen

www.juergengraesslin.com

www.aufschrei-waffenhandel.de

www.dfg-vk.de

www.kritischeaktionaere.de

www.rib-ev.de

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21716>

=====

ZEIT ONLINE vom 10.06.2015, 20:04 Uhr

G36-Gewehr

De Maizières unerklärliche Untätigkeit

Thomas de Maizière und das Problemgewehr G36 verbindet ein Desaster. Der heutige Innen- und frühere Verteidigungsminister könnte deshalb bald sein Amt verlieren. Ein Kommentar von Hauke Friederichs



Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen nach ihren Aussagen vor dem Verteidigungsausschuss des Bundestages | © Wolfgang Kumm/dpa

Verteidigungsminister sind schon wegen weniger zurückgetreten: Rudolf Scharping wegen peinlicher Pool-Bilder, die ihn und seine Lebensgefährtin beim Planschen zeigten, während deutsche Soldaten in den Auslandseinsatz flogen. Karl-Theodor zu Guttenberg wegen seiner Doktorarbeit voller wissenschaftlicher Mängel und Plagiate. Doch Thomas de Maizière, der am heutigen Mittwoch vor dem Verteidigungsausschuss kritisch zu seiner Rolle in der G36-Affäre befragt wurde, denkt gar nicht an ein freiwilliges Ende seiner politischen Karriere. Dabei hat der bis 2013 amtierende Chef des Wehressorts gleich zwei skandalöse Vorgänge in seinem Haus zu verantworten: die Panne mit der Aufklärungsdrohne Euro Hawk, die den Steuerzahler wohl Hunderte Millionen kostet, und das Ignorieren von Problemen mit dem G36, der Standartwaffe seiner Soldaten.

Spätestens im März 2012 sei de Maizière über Qualitätsprobleme beim G36 informiert worden, schreibt das gemeinsame Rechercheteam von SWR und BR. Die für die Prüfung des Sturmgewehrs zuständige Abteilung im Ministerium, Rü V 4, habe in einem internen Schreiben für den damaligen Minister notiert: „Alle bisher untersuchten G36 zeigen eine Veränderung des mittleren Treffpunkts und eine Ausweitung des Streukreises derart, dass ein Gegner in einer Entfernung von 200m nicht mehr sicher bekämpft werden kann.“

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte de Maizière handeln müssen. Stattdessen wurden weitere G36 geordert und die Truppen im damals immer gefährlicher werdenden Afghanistan-Einsatz nicht mit neuen oder verbesserten Waffen ausgestattet. Ein unbegreiflicher Vorgang.

Erst de Maizières Nachfolgerin Ursula von der Leyen verhängte 2014 einen Beschaffungsstopp für das Gewehr. Dabei war innerhalb des Ministeriums bereits 2011 angeregt worden, weitere Beschaffungen des G36 nicht mehr zum Haushalt anzumelden – also den Kauf weiterer Exemplare auszusetzen. Doch dieser Vorschlag versandete in den Mühlen des Bendlerblocks. Fast drei Jahre lang passierte nichts. Gutachten wurden erstellt, die Probleme verschleierte, Parlament und Öffentlichkeit getäuscht. Und das G36 war weiter im Einsatz.

Nun haben der Rüstungsgegner Jürgen Grässlin und dessen Rechtsanwalt Holger Rothbauer sogar Thomas de Maizière und den Staatssekretär Rüdiger Wolf bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Das berichten *Report Mainz* und der BR. Die Anzeigensteller werfen den Politikern einen besonders schweren Fall der Untreue vor.

Probleme nicht ernst genommen

De Maizière verteidigte sein Vorgehen und wies alle Vorwürfe zurück. Er habe gehandelt, sagte er, und habe unter anderem mehrere Untersuchungen zur fehlerhaften Waffe angestoßen. „Diese Ergebnisse führten alle dazu, dass nach meiner damaligen Kenntnis das Gewehr G36 voll einsatztauglich ist, ein gutes Gewehr ist und Einschränkungen im Einsatz nicht geboten sind“, sagte der CDU-Politiker in Berlin. „Das war das Lagebild zum Ende meiner Amtszeit.“

Dass de Maizière die Probleme des Gewehres nicht ernst nahm, ist überraschend und skandalös. Denn die alarmierende Meldung, die 2012 im Büro von de Maizière eingegangen sein soll, war bei Weitem nicht die erste Warnung zum schlechten Treffverhalten des G36, die im Verteidigungsministerium hochrangige Stellen erreichte. Bereits im Januar 2011 hatte eine anonyme Anzeige auf gravierende Mängel des Bundeswehr-Standardgewehrs G36 hingewiesen, eingegangen bei Rüdiger Wolf, damals Staatssekretär. Untersuchungen des G36 an der Wehrtechnischen Dienststelle 91 und am Wehrwissenschaftlichen Institut für Werk- und Betriebsstoffe zeigten dann, „dass bei heißgeschossener Waffe innerhalb zulässiger Schusszahlen Treffbildablagen ermittelt wurden, die so bisher nicht bekannt waren, aus dem Einsatz nicht gemeldet wurden, aber dennoch aus militärischer Sicht einen erheblichen Mängel darstellen.“

Dazu gab es sehr wohl kritische Berichte aus der Truppe zu ihrer Standardwaffe. Bereits 2009 meldeten Kampfschwimmer der Bundeswehr, eine Eliteeinheit, die mit dem Kommando Spezialkräfte (KSK) vergleichbar ist, „gravierende Sicherheitsmängel“ bei einer Schießausbildung mit dem G36 in Norwegen. 4 von 18 eingesetzten Waffen mussten stillgelegt werden. „Während der erste Schuss bei einer Entfernung von 100 Metern auf der Zieldarstellung lag, wurden folgende abgegebene Schüsse mit einer Abweichung von bis zu drei Metern beobachtet. Dabei war das Trefferbild völlig unwillkürlich und durch den Schützen nicht beeinflussbar.“ Diese Kritik stammt von einem Teamführer des Kampfschwimmereinsatzteams – also von einem Offizier einer Spezialeinheit, deren Mitglieder ein hartes Auswahlverfahren bestehen müssen und als sichere Schützen gelten.

Zukünftige Verwendung der Waffen wird kategorisch abgelehnt

Bei der Kritik am Training in Norwegen blieb es nicht: „Die Sicherheitsmängel der Waffe G36k sind erstmals während der Vorbereitung auf den Afghanistaneinsatz im September 2008 beobachtet worden und traten abermals im Einsatz auf. Daraufhin überprüften Waffentechniker des PRT (Regionalteam – Anm. der Redaktion) Kunduz sämtliche G36k des Kampfschwimmereinsatzteams.“ Laut Aussage der Waffentechniker hätten sich die Gewehre „in einem so schlechten Zustand“ befunden, „dass ein weiterer Gebrauch kritisch zu betrachten wären“. Das Fazit des Teamführers: „Folglich lehne ich eine zukünftige Verwendung der Waffen und damit verbundene Verantwortung kategorisch ab.“ Demnach könnte das Leben von deutschen Soldaten im Kampfeinsatz gefährdet gewesen sein.

Eine Kommission untersucht im Auftrag von Ministerin von der Leyen momentan, ob durch schlecht schießende Sturmgewehre die Männer und Frauen der Bundeswehr in Afghanistan einem zusätzlichen Risiko ausgesetzt gewesen sind. Die Kommissionsmitglieder, zu denen die unabhängigen Experten Winfried Nachtwei, ehemaliger Verteidigungsexperte der Grünen, und Hellmut Königshaus (FDP)

gehören, bis Ende Mai noch als Wehrbeauftragter aktiv, werden Berichte wie von den Kampfschwimmern mit Interesse lesen.

Sollten Soldaten in Afghanistan durch das Verhalten von Thomas de Maizière gefährdet worden sein, bleibt ihm wohl diesmal nichts anderes übrig, als die politische Verantwortung zu übernehmen. Auch als Bundesinnenminister wäre er dann nicht mehr tragbar.

Und selbst wenn es dazu nicht kommen sollte: Was auf jeden Fall an ihm hängen bleibt, ist das Bild eines überforderten Bürokraten, der die Probleme im Rüstungsbereich nicht gelöst, sondern ausgesessen hat.

<http://www.zeit.de/politik/2015-06/g-36-gewehr-de-maiziere-bundeswehr-ruecktritt>
<http://www.zeit.de/politik/2015-06/g-36-gewehr-de-maiziere-bundeswehr-ruecktritt/seite-2>

=====

tagesschau.de vom 10.06.2015 17:43 Uhr mit Link zu Strafanzeigen

Befragung im Verteidigungsausschuss De Maizière sah kein Problem beim G36

Ex-Verteidigungsminister de Maizière hat in seiner Amtszeit keine Probleme mit dem G36 festgestellt. Das sagte er im Verteidigungsausschuss. Seine Nachfolgerin, die das Gewehr jetzt ausmustern will, gab ihm an gleicher Stelle überraschend Rückendeckung.

Der frühere Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat Versäumnisse im Umgang mit dem Pannengewehr G36 bestritten. Die ihm in seiner Amtszeit vorliegenden und von ihm angeforderten Untersuchungen hätten stets ergeben, dass das G36 ein "richtiges und geeignetes Gewehr ist", sagte er nach seiner Befragung im Verteidigungsausschuss.

Schulterschluss von de Maizière und von der Leyen

De Maizière und seine Nachfolgerin Ursula von der Leyen traten nach ihrer zweistündigen gemeinsamen Befragung im Ausschuss zusammen vor die Presse. Von der Leyen hatte nach jahrelanger Kritik und nach widersprüchlichen Gutachten Ende April entschieden, das Gewehr in seiner jetzigen Form auszumustern. De Maizière erklärte, zu Entscheidungen nach seiner Amtszeit werde er sich nicht äußern.

Von der Leyen nahm ihren Vorgänger gegen Kritik in Schutz. Beide hätten diesselbe Sicht auf die Dinge, sagte sie. Dank der Vorarbeiten von de Maizière hätten ihr aber neue Fakten zur Verfügung gestanden: "Daher sind wir mit neuem und anderem Wissen an den Punkt gekommen, wo wir sagen, dass das G36 in seiner jetzigen Form keine Zukunft hat."



Bundeswehr

G36: Anzeige gegen de Maizière und Heckler & Koch

Die Affäre um das Standard-Gewehr der Bundeswehr G36 spitzt sich zu. Der Rüstungsgegner Grässlin und der Anwalt Rothbauer haben Strafanzeige gegen den ehemaligen Verteidigungsminister de Maizière und den Waffenhersteller Heckler & Koch gestellt. | br

Kritik der Opposition reißt nicht ab

De Maizière hatte in seiner Amtszeit trotz Hinweisen auf Präzisionsprobleme zwei Jahre lang am G36 festgehalten. Die Opposition wirft ihm deshalb vor, die Probleme verschleppt zu haben. Nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios versuchten Mitarbeiter des Ministeriums außerdem, Kritik am G36 zu verhindern.

Das Verteidigungsministerium ging unterdessen einem neuen Hinweis auf eine mögliche Verwicklung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) in die G36-Affäre nach. Ein Beamter einer Ausrüstungs-Dienststelle der Bundeswehr hat intern berichtet, dass der Militär-Geheimdienst die Weitergabe von vertraulichen Informationen an Journalisten überprüft habe. Das Ministerium ließ den Mann inzwischen befragen und erklärte, es habe sich dabei lediglich um eine "Einzelwahrnehmung" gehandelt.

<http://www.tagesschau.de/inland/sturmgewehr-139.html>

=====

SWR Landesschau vom 10.06.2015 17.30 Uhr

Oberndorf. Strafanzeige gegen de Maizière und Heckler & Koch

Die Affäre um das Standard-Gewehr der Bundeswehr G 36 weitet sich aus. Der Freiburger Rüstungsgegner Jürgen Grässlin und sein Tübinger Anwalt Holger Rothbauer haben Strafanzeige gegen den ehemaligen Verteidigungsminister de Maizière und den Waffenhersteller Heckler & Koch gestellt. Verdacht der Untreue in besonders schwerem Fall. So lautet der Vorwurf der Strafanzeige, die jetzt bei der Staatsanwaltschaft Bonn gestellt wurde. Hintergrund: Bei der Abnahme des Gewehrs G 36 durch das Verteidigungsministerium sei getäuscht worden, sagte Holger Rothbauer im SWR. Es liege eine Täuschung über die Mängel der Waffe vor.

Anzeige sei gegen den früheren Verteidigungsminister, den damaligen Staatssekretär und Beamte im Ministerium gestellt worden. Sie hätten spätestens ab 2011 gewusst, dass das G 36 enorme Mängel aufweise. Es hätten dann keine neuen Lieferungen zugelassen werden dürfen, so Rothbauer weiter. Ein Ministerium müsse

sehr sorgfältig mit Steuergeldern umgehen. Das sei hier nicht geschehen. Auch gegen Heckler & Koch wurde Anzeige erstattet. Es ist insgesamt die dritte Strafanzeige des Rüstungsgegners Grässlin gegen den Oberndorfer Waffenhersteller.

<http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/suedbaden/oberndorf-straftanzeige-gegen-de-maiziere-und-heckler-koch/-/id=1552/did=15653706/nid=1552/fnlpei/>

=====

Neue Rottweiler Zeitung vom 10.06.2015

Vorwurf: Strafvereitelung, Betrug und Untreue

Grässlin: Strafanzeigen gegen de Maizière und HK



Anzeigenerstatter Jürgen Grässlin bei einer Demonstration vor dem HK-Werk in Oberndorf. Archiv-Foto: him

OBERNDORF/BERLIN (him) – Im Zusammenhang mit dem umstrittenen Gewehr G 36 von Heckler und Koch in Oberndorf hat der Rüstungsgegner Jürgen Grässlin mit seinem Anwalt Holger Rothbauer Strafanzeigen erstattet.

In einer Anzeige werfen die beiden dem damaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) vor, er habe Strafvereitelung im Amt begangen. Der Hintergrund: Die Staatsanwaltschaft Rottweil hatte 2011 ein Ermittlungsverfahren wegen Betrug gegen den Waffenhersteller geführt aber kurz darauf eingestellt, weil der Vorwurf nach mehr als zehn Jahren verjährt war. Dabei, so der Vorwurf, habe das Verteidigungsministerium der Staatsanwaltschaft Rottweil wohl möglicherweise nicht alle relevanten Verträge zur Verfügung gestellt. Es handle sich um insgesamt 51 Verträge, so Grässlin zur *NRWZ*, die jüngsten datierten von 2014. Diese Unterlagen habe er einsehen können. Am Mittwochabend waren weder der Sprecher noch der Chef der Staatsanwaltschaft Rottweil zu erreichen.

Weiter werfen Grässlin und Rothbauer dem Verteidigungsministerium besonders schwere Untreue vor, „denn hier sind mit öffentlichen Geldern Schäden angerichtet worden, die spätestens ab dem Jahr 2011 hätten nicht mehr angerichtet werden dürfen“, so Anwalt Rothbauer im *bayrischen Rundfunk*. Das Ministerium habe weiter G 36 Gewehre bestellt und gekauft, obwohl diese nicht ausreichend funktionsfähig seien.

Außerdem haben die beiden am 5. Juni Strafanzeige gegen Firma Heckler & Koch wegen Betrugs in einem besonders schweren Fall erstattet. Sie werfen dem

Unternehmen vor, das G 36 an die Bundeswehr geliefert zu haben, obwohl die Mängel bei der Treffsicherheit etwa im heiß geschossenen Zustand in zwei technischen Gutachten im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums festgestellt worden wären. Diese Mängel seien bei der Abnahme des Gewehrs durch die Bundeswehr „wissentlich überspielt“, und die Bundeswehr „bewusst getäuscht“ worden, heißt es in der Anzeige.

Bis zum Mittwochabend hat HK zu den Anzeigen und den neuen Vorwürfen auf seiner Homepage noch keine Stellung bezogen.

<http://www.nrwz.de/aktuelles/graesslin-straftanzeige-gegen-de-maiziere-und-hk/20150610-1814-90778>

=====

10.06.2015, 16:45 Uhr

Fernsehbericht in den TV-Nachrichten des Bayerischen Fernsehens

TV berichtet korrekt:

<http://www.br.de/mediathek/video/sendungen/nachrichten/g36-straftanzeige-verteigungsausschuss-100.html>

=====

tageszeitung (taz) online vom 10.06.2015

Anzeigen wegen fehlerhaftem G36

„Mafiöse Zustände“

Rüstungsgegner haben gegen Thomas de Maizière und die Rüstungsfirma Heckler & Koch Anzeige erstattet. Die Mängel seien bekannt gewesen.



Ursula van der Leyen und Thomas de Maizière nehmen im Verteidigungsausschuss Stellung zum G36. Foto: dpa

BERLIN *taz* | Er habe immer richtig entschieden, beteuerte der ehemalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière am Mittwoch im Verteidigungsausschuss des Bundestages. Für einen Stopp des Einkaufs von G36-Gewehren der Rüstungsfirma Heckler&Koch (H&K) habe es keine Veranlassung gegeben.

Doch bevor der CDU-Politiker in dem parlamentarischen Gremium Rede und Antwort zu G36-Affäre stehen musste, häuften sich weitere Vorwürfe gegen de Maizière, der das Ministerium von März 2011 bis Dezember 2013 leitete. Rüstungsgegner haben Anzeige gegen das Unternehmen und das Ministerium erstattet. Sie beziehen sich auf interne Unterlagen, die der *taz* vorliegen und bestätigen, dass die Mängel des G36 in der Behörde offensichtlich gezielt heruntergespielt wurden.

H&K habe sich des Betrugs in besonders schwerem Fall schuldig gemacht, erklärt Rechtsanwalt Holger Rothbauer. „Obwohl die Firma 2011 genau wusste, dass das Gewehr erhebliche Probleme aufweist, hat sie es noch weiter verkauft“, kritisiert er. De Maizière sowie dessen Nachfolgerin Ursula von der Leyen (CDU) wirft der Tübinger Jurist Untreue vor.

Schäden in Millionenhöhe

Beide hätten den Einkauf der Gewehre zugelassen, obwohl sie wussten, dass die Waffen nicht ausreichend funktionstüchtig seien. Mit Steuergeldern seien so Schäden in Millionenhöhe angerichtet worden. Friedensaktivist Jürgen Grässlin, der die Anzeige gemeinsam mit Rothbauer stellte, spricht sogar von Strafvereitelung im Amt.

Die Vorwürfe gehen auf interne Dokumente aus dem Verteidigungsministerium zurück. Die Unterlagen, die dem BR und dem SWR zugespielt wurden, werfen neue Fragen in der G36-Affäre auf. Demnach ermittelte die Staatsanwaltschaft Rottweil aufgrund eines anonymen Schreibens bereits im Januar 2011 wegen Betrugs gegen H&K. Es sollte geprüft werden, ob die Firma thermische Probleme des Gewehres wissentlich gegenüber dem Ministerium verschwiegen habe.

In der Folge sprechen Untersuchungen der Behörde von erheblichen Mängeln aus militärischer Sicht. „Ein Treffen auf 100 m ist noch recht wahrscheinlich, auf 200 oder 300 m nahezu unmöglich“, resümierte die Wehrtechnische Dienststelle 91 (WTD 91) und das Wehrwissenschaftliche Institut für Werk- und Betriebsstoffe (WIWeB). Darüber informierte ein Zwischenbericht des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung am 28. März 2011. Dennoch wurde das Gewehr bis 2013 munter weiter gekauft.

Fragwürdige Verfahrenseinstellung

Auch die Rottweiler Strafverfolger stellten ihre Ermittlungen bereits am 1. August 2011 wieder ein. Begründung: Die Vorwürfe bezögen sich auf Verträge aus dem Jahr 1995 und seien damit verjährt. Eine fragwürdige Entscheidung – denn de facto wurden bis 2011 mindestens 40 Verträge über den Kauf von Waffen und Zubehör abgeschlossen. Beamte des Ministeriums schickten damals nur jenen Vertrag von 1995 an die Staatsanwaltschaft und betonten regelmäßig die militärische Tauglichkeit des Gewehrs.

Anzeigensteller Grässlin geht deshalb von einer engen Kooperation zwischen H&K und dem Verteidigungsministerium aus: „Das erinnert mich an mafiöse Zustände.“ Die Schwarzwälder Waffenschmiede erklärte indes auf *taz*-Anfrage, beim Gewehr G36 liege kein Mangel vor.

<http://www.taz.de/Anzeigen-wegen-fehlerhaftem-G36/!5203429/>

TV-Interviews Grässlin / Rothbauer:

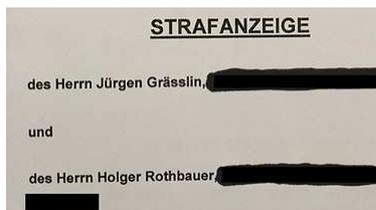
<http://www.br.de/mediathek/video/sendungen/nachrichten/interview-ruestungsgegner-graesslin-rothbauer-100.html>

Bayerischer Rundfunk / BR online vom 10.06.2015

G36-Affäre Anzeige gegen de Maizière und Heckler & Koch

Die Affäre um das Standard-Gewehr der Bundeswehr G36 spitzt sich zu. Der Rüstungsgegner Jürgen Grässlin und der Anwalt Holger Rothbauer haben Strafanzeige gegen den ehemaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière und den Waffenhersteller Heckler & Koch gestellt.

Von: Daniel Harrich, Katja Beck, Tobias Bönnte und Patricius Mayer



[zur Infografik G36 Strafanzeige](#)

Besonders schwerer Fall von Untreue: So lautet der Vorwurf der Strafanzeige, die bei der Staatsanwaltschaft Bonn gestellt wurde. Hintergrund ist: Bereits im Januar 2011 hat eine anonyme Anzeige auf gravierende Mängel des Bundeswehr Standard-Gewehrs G36 hingewiesen, eingegangen bei Rüdiger Wolf, damaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Trotzdem wurden weitere G36 beschafft. Heute muss Thomas de Maizière im Verteidigungsausschuss unter Ausschluss der Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen.

Geheime Dokumente



Interviews mit Rüstungsgegnern "Die Zusammenarbeit erschreckt mich immer mehr"

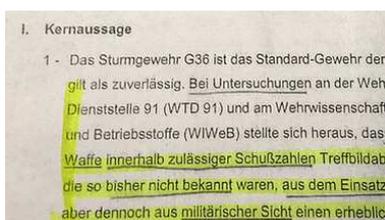
Dokumente, die als VS-Geheim (Verschlussache Geheim) eingestuft sind und dem Rechercheteam von SWR und BR exklusiv vorliegen, belegen, dass Thomas de Maizière spätestens im März 2012 über die G36-Problematik informiert wurde. Die für die Prüfung des G36 zuständige Abteilung im Verteidigungsministerium, Rü V 4, hat in einem internen Schreiben für Thomas de Maizière festgehalten: "Alle bisher untersuchten G36 zeigen eine Veränderung des mittleren Treffpunkts und eine Aufweitung des Streukreises derart, dass ein Gegner in einer Entfernung von 200m nicht mehr sicher bekämpft werden kann."



"Auf Grund dieser Unterlagen des BR und SWR aus dem Verteidigungsministerium habe ich mich entschlossen, zusammen mit Jürgen Grässlin, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Rottweil zu stellen. Die Strafanzeige lautet auf Betrug in besonders schwerem Fall wegen der Dimension und eine zweite Strafanzeige ist gestellt bei der Staatsanwaltschaft in Bonn wegen des Verdachts der besonders schweren Untreue, denn hier sind mit öffentlichen Geldern Schäden angerichtet worden, die spätestens ab dem Jahr 2011 hätten nicht mehr angerichtet werden dürfen. Nämlich durch die Bestellung, Lieferung und Zahlung von Gewehren G36, die nicht ausreichend funktionsfähig sind."

Holger Rothbauer, Anwalt

Die Prüfer kommen zu dem Schluss, dass das G36 "aus militärischer Sicht einen erheblichen Mangel" darstellt.



[zur Infografik G36 Kernaussage der Ministervorlage](#)

Einen Monat später fragt eine Mitarbeiterin de Maizières einen weiteren Bericht an, sowohl bei der Bundeswehrbeschaffungsbehörde, wie auch bei den zuständigen Abteilungen im Verteidigungsministerium. "Der Minister hat nach Vorlage des letzten Sachstands weiteren Informationsbedarf", heißt es in dem internen E-Mail-Verkehr. Zehn Tage später antwortet eine andere Abteilung (Fü SK III 1) und kommt zu einem

gegensätzlichen Ergebnis. Obwohl die Überprüfungen weiter durchgeführt werden müssten, heißt es jetzt:

"Das Sturmgewehr G36 wird als grundsätzlich tauglich für die Erfordernisse der laufenden Einsätze bewertet. (...) Konkrete Meldungen der Truppe über die Treffleistung liegen weder aus dem Einsatz noch aus dem Ausbildungsbetrieb heraus." Dies trifft so nicht zu. Mängel am G36 waren intern schon länger bekannt. Beispielsweise, stellte 2009 der Teamführer des 3. Kampfschwimmereinsatzteams in einer dienstlichen Meldung fest:

Mängel von G36 intern schon länger bekannt

Ist, dass drei von vier der in Vorbereitung durchgeführten TMP Prüfung bewertet wurden. Diese Sicherheitsmängel der Waffe G36k : Afghanistaneinsatz im September 2008 beobachtet. Daraufhin überprüften Waffentechniker Kampfschwimmereinsatzteams. Laut Aussage der Waffentechniker befanden sich Schussbelastungen, in einem so schlechten Zustand, dass sie nicht mehr als tauglich betrachten wäre. Demzufolge ist der Gebrauch der Waffen

[zur Infografik G36 Dienstliche Meldung](#)

Kampfschwimmerkompanie

"Diese Sicherheitsmängel der Waffe G36 sind erstmals während der Vorbereitung auf den Afghanistaneinsatz im September 2008 beobachtet worden und traten abermals im Einsatz auf. (...) Folglich lehne ich eine zukünftige Verwendung der Waffen und die damit verbundene Verantwortung kategorisch ab." Während man sich in der Behörde über Zuständigkeiten stritt, lief die Beschaffung ungehindert weiter. Seit der Maizières Kenntnismeldung im März 2012 bis zum Ende seiner Amtszeit wurden mindestens vier weitere Verträge über G36-Gewehre und Zubehör abgeschlossen. Recherchen legen nahe, dass dabei mindestens 3.770 Gewehre mit einem Wert von ca. 4 Mio. Euro beschafft wurden.

Fragen an Thomas de Maizière

Haben sämtliche Kommunikationswege und Kontrollmechanismen im Verteidigungsministerium komplett versagt? Warum wurden die Hintergründe der G36-Problematik nicht konsequent aufgeklärt? Wurde der Bundeshaushalt mit der weiteren Lieferung von mangelhaften G36-Gewehren belastet, obwohl dies verhindert hätte werden können? Viele Fragen an Thomas de Maizière.

Jetzt haben der Rüstungsgegner Jürgen Grässlin und Anwalt Holger Rothbauer Strafanzeige gegen den Minister bei der Staatsanwaltschaft Bonn gestellt. Zudem haben beide Strafanzeige gegen den Hersteller des G36, die Firma Heckler & Koch gestellt. Der Vorwurf: Betrug in einem besonders schweren Fall.



"Es ist unglaublich, wie eng die Firma Heckler & Koch kooperiert hat mit dem Bundesverteidigungsministerium. Es sind Zustände, die mich an mafiöse Zustände erinnern, weil wir fast nicht mehr wissen, wenn wir den Briefwechsel lesen: Was ist das Interesse von Heckler & Koch, und was ist das Interesse des Bundesverteidigungsministeriums? Das Ergebnis ist, dass vertuscht worden sein könnte, und ich jetzt Strafanzeige stelle, in zweierlei Hinsicht: Erstens gegen die Firma Heckler & Koch wegen des Verdachts des Betrugs im Fall G36, und zweitens gegen das Bundesverteidigungsministerium wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt."

Rüstungsgegner Jürgen Grässlin

Verfahren 2011 eingestellt

Damit wollen sie die Wiederaufnahme der Ermittlungen von 2011 erwirken. Die Staatsanwaltschaft Rottweil hatte damals wegen Betrug gegen den Waffenhersteller ermittelt. Nach wenigen Monaten allerdings wurde das Verfahren eingestellt, da der Vorwurf nach über 10 Jahren verjährt war. Das Verteidigungsministerium hatte der Staatsanwaltschaft jedoch möglicherweise nicht sämtliche Verträge zur Verfügung gestellt. Wie die Sichtung geheimer Unterlagen zeigt, könnten zum Zeitpunkt der Anzeigenerstattung mindestens 40 Verträge für das Ermittlungsverfahren "Betrug" relevant gewesen sein. Warum das Verteidigungsministerium diese nicht anführte, bleibt offen.

<http://www.br.de/nachrichten/strafanzeige-de-maiziere-100.html>

=====

Stand: 10.06.2015

Übersicht der Strafanzeigen von Jürgen Grässlin und anderen gegen Heckler & Koch, Carl Walther und SIG Sauer und das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) 2010 bis 2015

Datum	Verdacht einer Straftat	Anzeigenerstatter	Aktenzeichen / Staatsanwaltschaften
19.04.2010	1. STRAFANZEIGE gegen H&K wg. des Verdachts illegaler G36-Gewehrexporte nach Mexiko und Korruption	Jürgen Grässlin (JG)	Az 143 Js 38100/10 Peter Vobiller, Erster Staatsanwalt
2010	Ermittlungen der Sta ST vs. H&K wg. des Verdachts der Korruption im Fall der G36/ Mexiko	Ermittlungen der Staatsanwaltschaft	Az 120 Js 42799/11 Herr Wendler, Oberstaatsanwalt

und weitergehende
Ermittlungen der Sta Stuttgart

31.08.2011	2. STRAFANZEIGE gegen H&K / unbekannt wg. des Verdachts illegaler G36-Exporte nach Libyen	Sprecherkreis Aufschrei-Kampagne Grässlin/Hoffmann/ Paul Russmann	Az 143 Js 76650/11 Peter Vobiller, Erster Staatsanwalt
01.07.2014	Einstellung des Verfahrens nach §170 Abs. 2 Strafprozessordnung. Zum einen habe nicht geklärt werden können, wann und auf welche Weise die Gewehre nach Libyen gelangt seien. 2003 seien die Gewehre vom Beschussamt Ulm einer Prüfung Unterzogen worden, danach habe sich die Spur verloren.		
05.12.2013	Erste Erweiterung der 1. Strafanzeige gegen H&K vom 19.04.2010 um den Verdacht der Mitschuld gegen fünf weitere Beschuldigte (G36/ Mexiko)	Jürgen Grässlin	aufgenommen in Az 143 Js 38100/10 Peter Vobiller, Erster Staatsanwalt
17.02.2014	3. STRAFANZEIGE gegen die GF u. Leitung der Exportabteilung sowie alle weiteren Verantwortlichen der Firma Carl Walther GmbH , vertr. durch Geschäftsführer Manfred Wörz wg. des Verdachts illegaler Pistolenexporte nach Kolumbien	Sprecherkreis Aufschrei-Kampagne Grässlin / Hoffmann / Russmann	gestellt bei Sta Ulm; Az 21 Js 4243/14 zuständigkeitshalber übergeben an Sta ST Az 146 Js 23753/14 Peter Vobiller, Erster Staatsanwalt
21.02.2014	Zweite Erweiterung der 1. Strafanzeige vs. H&K vom 19.04.2010 n um den Verdacht der „höheren Anzahl gelieferter G36 als genehmigt“ an Mexiko	Jürgen Grässlin	aufgenommen in Az 143 Js 38100/10 Peter Vobiller, Erster Staatsanwalt
21.02.2014	4. STRAFANZEIGE gegen H&K wg. des Verdachts „nicht genehmigter Technologietransfer/ Lizenz für G36/FX 05“ nach Mexiko	Jürgen Grässlin	Az 143 Js 19554/14 Peter Vobiller, Erster Staatsanwalt
22.07.2014	5. STRAFANZEIGE gegen die verantw. GF und Exportabteilung sowie GF Michael Lüke und Till Hake von Sig Sauer wg. des Verdachts illegaler Pistolenexporte SP 2022 nach Kolumbien	Sprecherkreis Aufschrei-Kampagne Grässlin / Russmann	Az 545 Js 35003/14 wg. KWKG, AWG und Urkundendelikte Az 598 Js 36250/14 wg. Tötungsdelikten Ltd. Oberstaatsanwalt Thomas Welz, Kiel
August 2014:	Die Strafanzeige zeigt Wirkung (1): Wenige Tage nach der Strafanzeige werden Sig Sauer sämtliche Rüstungsexporte untersagt.		
Februar 2015:	Die Strafanzeige zeigt Wirkung (2): Für 73 Beschäftigte legt die Geschäftsführung Kündigungsbegehren vor. Mit den verbliebenen 50 Mitarbeitern will Sig Sauer nur noch Sportwaffen in Eckernförde fertigen. Die Produktion von SigS-Polizei- und Militärwaffen wird in Deutschland eingestellt.		
05.06.2015	6. STRAFANZEIGE gegen Verantwortliche des Bundesverteidigungsministeriums vs. den ehem. Verteidigungsminister Thomas de Maizière, Bundes-	Grässlin/Rothbauer	Az (noch offen) wg. des Verdachts der Untreue in einem besonders schweren Fall sowie aller in Betracht

verteidigungsministerin U.v.d. Leyen,
Staatssekretär Rüdiger Wolf,
einen Ministerialdirigenten im BMVg
sowie sämtliche Verantwortliche
wg. des Verdachts der Untreue
durch **volle Kaufpreiszahlung für G36
trotz Kenntnis der technischen Mängel**
und des Verdachts der Strafvereitelung
im Amt durch **Vortäuschung falscher
Endzeitpunkte von G36-Lieferverträgen**
gegenüber der Staatsanwaltschaft Rottweil.
Nicht alle der 51 G36-Verträge
wurden vorgelegt, mit der Folge,
dass das Ermittlungsverfahren
der Sta RW gegen H&K 2011 wg. ver-
meintlicher Verjährung eingestellt wurde.

kommender Straftat-
stände und Ordnungswidrigkeitentatbestände;
Ltd. Oberstaatsanwalt
Lorscheid,
Staatsanwaltschaft Bonn

05.06.2015	<u>7. STRAFANZEIGE</u> gegen Verantwortliche der Firma Heckler & Koch GmbH, insbes. Geschäftsführer Andreas Heeschen und Martin Newton (Mitglied der Geschäftsführung) wg. Betruges in besonders schwerem Fall durch die <u>Vertuschung von Qualitäts- mängeln beim G36-Gewehr unter Hitzeeinfluss</u> (Dauerfeuer und hohe Außentemperatur), die bei H&K bereits seit Jahren bekannt waren. Dennoch wurden die Gewehre in einer Stückzahl von insgesamt rund 180.000 an die Bundeswehr verkauft und ausgeliefert;	Grässlin/Rothbauer	Az (noch offen) wg. des Betrugs in besonders schwerem Fall sowie aller in Betracht kommenden Straf- und Ordnungswidrigkeitsvorschriften; Ltd. Oberstaatsanwalt Dr. Dittrich, Staatsanwaltschaft Rottweil
------------	---	--------------------	---

Für inhaltliche Nachfragen, Interviews u.ä. stehe ich für die Strafanzeigen 1 bis 5
gerne zur Verfügung unter: **Jürgen Grässlin**, Tel.: 0761-7678208,
Mob.: 0170-6113759, graesslin@dfg-vk.de

Alle Strafanzeigen werden vertreten durch Rechtsanwalt Holger Rothbauer.
Bei allen rechtlichen Fragen (und den Strafanzeigen 6 und 7) wenden Sie sich bitte direkt an:
RA Rothbauer, DEHR-Anwälte, Österbergstr. 9, 72074 Tübingen,
Tel.: 07071-1504949, Fax: 07071-31087, E-Mail: anwaelte@dehr.eu.

Weitere Informationen zum Thema „Waffenhandel“
siehe www.juergengraesslin.com, www.aufschrei-waffenhandel.de,
www.dfg-vk.de und www.rib-ev.de

Zusammenstellung und Text: J. Grässlin